

Mitteilung der Verwaltung  
- Seite 1 -

Vorlage Nr. 20120355

Stadtamt 32 (32 92)	TOP/akt. Beratung
------------------------	-------------------

Sicht- und Eingangsvermerk der Schriftführung	öffentlich/nichtöffentlich öffentlich	nichtöffentlich gemäß
---	--	-----------------------

Bezug (Beschluss, Anfrage Niederschrift Nr. ... vom ... ) Anfrage in der Sitzung des Rates am 24.11.2011; TOOP 19 - 4.10
Bezeichnung der Vorlage Neonazistische Aktivitäten in Bochum

Beratungsfolge	Sitzungstermin	akt. Beratung
Rat	01.03.2012	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Anlagen
---------

Wortlaut

## Neonazistische Aktivitäten in Bochum

Grundsätzlich sind alle Aktivitäten, die sich gegen nationalsozialistisches Gedankengut richten, zu begrüßen. Gerade das Bekanntwerden von Aktivitäten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und der aktuellen Debatte über die Hintergründe und Ursachen von rechtsextremistischen Verbrechen machen ein verstärktes präventives Wirken notwendig. Dieses beinhaltet einerseits Aktivitäten im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement und andererseits ein restriktives Vorgehen der Sicherheitsbehörden.

Der Staatsschutz des Polizeipräsidiums Bochum nimmt alle politisch motivierten Straftaten sehr ernst. Propaganda, Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung mit national-sozialistischem Zusammenhang werden in Bochum nachhaltig verfolgt.

Spezielle Erkenntnisse der Polizei zu Strukturen und Verbindungen rechtsextremistischer Szenen in Bochum können und dürfen aus kriminaltaktischen Gründen nicht mitgeteilt werden.

Mitteilung der Verwaltung  
- Seite 2 -

Vorlage Nr. 20120355

Stadtamt 32 (32 92)	TOP/akt. Beratung
------------------------	-------------------

Das Landeskriminalamt NRW hat auf der Grundlage des 2001 von der Ständigen Konferenz der Innenminister und - senatoren der Länder beschlossenen Definitionssystems "Politisch motivierte Kriminalität" im Zeitraum 01.01.2011 bis 06.12.2011 für Bochum 209 politisch motivierte Straftaten erfasst.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Straftaten detailliert dargestellt.

	<b>Politisch motivierte Ausländer- kriminalität</b>	<b>PMK Links</b>	<b>PMK Rechts</b>	<b>PMK Sonstige/ Nicht zuzuordnen</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Deliktgruppen</b>	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0	0	0
Branddelikte	0	1	0	1	2
Sprengstoffdelikte	0	0	0	0	0
Landfriedensbruch- delikte	0	0	0	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	0	1	0	0	1
Körperverletzungs- delikte	2	3	10	1	16
Widerstandshandlungen	0	0	1	0	1
Raub	0	0	0	0	0
Erpressung	0	0	0	0	0
Freiheitsberaubung	0	0	0	0	0
Sexualdelikte	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme Gewaltdelikte</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>2</b>	<b>20</b>

Mitteilung der Verwaltung  
- Seite 3 -

Vorlage Nr. 20120355

Stadtamt 32 (32 92)	TOP/akt. Beratung
------------------------	-------------------

	Politisch motivierte Ausländer- kriminalität	PMK Links	PMK Rechts	PMK Sonstige/ Nicht zuzuordnen	Gesamt
Bedrohungen/ Nötigungen	0	1	3	0	4
Sachbeschädigungen	1	33	14	2	50
Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen; Verwenden von Kennzeichen verfassungswidrigen Organisationen	0	0	87	1	88
Volksverhetzungen	0	0	21	0	21
Störung des öffentlichen Friedens	0	1	0	1	2
Beleidigungen	0	8	8	1	17
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0	0	0	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	0	2	0	0	2
sonstige Straftaten	0	1	2	2	5
<b>Summe Gesamt</b>	<b>3</b>	<b>51</b>	<b>146</b>	<b>9</b>	<b>209</b>

Nach Auftreten von Gewaltdelikten in Langendreer zeigte die Polizei konzentriert Präsenz. Für Schmierereien verbotener national-sozialistischer Symbole und Parolen an städtischen Gebäuden wurde eine zeitnahe Entfernung durch die Zentralen Diensten sichergestellt.

Die couragierte Bevölkerung zeigte in Langendreer mehrfach Flagge gegen rechte Gewalt in ihrem Stadtteil. Mit einer Demonstration, an der ca. 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, auch von Vereinen, Kirchen und Parteien, beteiligt waren, wurde ein deutliches Zeichen gesetzt.

Zwischenzeitlich hat sich auf der Ebene der Ordnungspartnerschaft eine Projektgruppe gegründet, die sich aus verschiedenen Verwaltungsbereichen wie dem Jugendamt, Schulamt, Schulverwaltungsamt, Integrationsbüro, der Polizei und dem Ordnungsamt zusammensetzt. Hier werden Informationen und Erkenntnisse über rechtsextremistische Aktivitäten gebündelt und Handlungsansätze beraten, um den Entwicklungen in Bochum partnerschaftlich und entschieden begegnen zu können.

Mitteilung der Verwaltung  
- Seite 4 -

Vorlage Nr. 20120355

Stadtamt 32 (32 92)	TOP/akt. Beratung
------------------------	-------------------

Dabei werden vorhandene und/oder ausbaufähige Ansätze von Aufklärungsarbeit der Partnerorganisationen aufgegriffen und den Einrichtungen, in denen sich vornehmlich Kinder und Jugendliche aufhalten, angereicht. Hierbei gilt es insbesondere junge Menschen zu erreichen, um sie vor rechtsextremistischem Wirken zu schützen und ihnen alternative Wege aufzuzeigen. Verschiedene Programme, die jederzeit als Unterrichtsmaterial verwendet werden können, stehen den Schulen zur Verfügung. Umfangreiche Informationen sind über die Landeszentrale für politische Bildung abrufbar. Sozialarbeiter in Jugendfreizeiteinrichtungen im Bochumer Osten sind entsprechend sensibilisiert, um ersten Anzeichen von Neonazis zu begegnen.

Mit Initiative der Bezirksvertretung Ost wird zurzeit in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Bochum und Ämtern der Stadtverwaltung an der Einrichtung eines runden Tisches in Langendreer gearbeitet. Diese Überlegungen werden durch das Projekt der Ordnungspartnerschaft bei der vorbeugenden Bekämpfung des Rechtsextremismus vor Ort unterstützt. Die "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus" des Regierungsbezirkes Arnsberg wird dabei in die Vorüberlegungen einbezogen.

Der Runde Tisch "Langendreer gegen Rechts" will die Aktivitäten von Jugendarbeit, Kirchen, Vereinen, etablierten, politischen Parteien und Bürgerinitiativen vernetzen und bündeln.

In der Gesamtbetrachtung darf der Blick nicht nur auf die vorbeugenden Möglichkeiten und die Strafen gerichtet werden. Perspektivisch müssen auch Opfer rechtsextremer Gewalt und möglicherweise Ausstiegswillige Inhalt des weiteren Vorgehens sein. In diesem Zusammenhang berät die Opferberatungsstelle der Stadt Dortmund "Back-up" Betroffene und steht mit der Initiative "Langendreer gegen Nazis" in Verbindung. Insofern ist ebenso der Opferschutz Bestandteil des Netzwerkes.

Die Fachbereiche und Ämter bringen sich mit ihren Erfahrungen, Kenntnissen und Zuständigkeiten aktiv in die Bekämpfung von rechtsextremistischen Aktivitäten und Netzwerkbildungen ein. Eine gesonderte Finanzierung von Maßnahmen und Projekten durch die Stadt Bochum findet zurzeit nicht statt.